

## Vortrag an den Ministerrat

### **Bericht über die Tagung des Rates TTE (Energie) am 2. Dezember 2021 in Brüssel**

Am 2. Dezember 2021 fand eine Ratstagung der Energieminister:innen in Luxemburg statt. Den Vorsitz führte der slowenische Minister für Infrastruktur, Herr Jernej Vrtovec. Die Europäische Kommission wurde durch die Kommissarin für Energie, Frau Kadri Simson, vertreten. Für Österreich nahm Frau Bundesministerin Leonore Gewessler an der Ratstagung teil.

Die Mitgliedstaaten tauschten sich zunächst über die gestiegenen Energiepreise aus. Dabei wurde an die Diskussionen im Rahmen des Europäischen Rates vom 21./22. Oktober 2021 sowie des außerordentlichen TTE (Energie) Rates vom 26. Oktober 2021 angeknüpft. Die Debatte nahm außerdem auf die Toolbox der Kommission sowie auf die Zwischenberichte der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) und der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) Bezug. ACER-Direktor Christian Zinglens verwies auf die Ergebnisse des Zwischenberichts, wonach der globale Preisanstieg für Erdgas und die gleichzeitige Abhängigkeit der EU von Importen als Hauptursache für den Preisanstieg zu werten seien. Der Großteil der Mitgliedstaaten, darunter Österreich, teilte diese Sichtweise. Allerdings vertraten die Energieminister:innen unterschiedliche Auffassungen über die Funktionstüchtigkeit des derzeitigen Energiemarktmodells. Österreich hat sich mit acht weiteren Mitgliedstaaten (Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Irland, Lettland, Luxemburg und den Niederlanden) in einer gemeinsamen schriftlichen Stellungnahme gegen kurzfristige Änderungen der Energiemarktregelungen ausgesprochen. Mit Schweden und Litauen unterstützten zwei weitere Länder diese Haltung. Die Gegenposition vertraten vor allem Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien und Rumänien und brachten dies ebenfalls in Form eines Non-Papers zum Ausdruck. Zahlreiche Delegationen gingen in ihren Wortmeldungen zudem auf die Taxonomie-Verordnung ein und forderten

teilweise eine rasche Veröffentlichung eines ergänzenden delegierten Rechtsaktes zu Erdgas und Kernkraft. Österreich hat jedoch erneut betont, dass Erdgas und Nuklearenergie keinen Platz in der Taxonomie hätten.

Ein weiterer Meinungs austausch erfolgte zum „Fit for 55“-Paket, wobei man sich auf die Überarbeitung der Richtlinie betreffend erneuerbare Energien (RED) und die Neufassung der Richtlinie über Energieeffizienz (EED) konzentrierte. Ein Großteil der Mitgliedstaaten unterstützte grundsätzlich die von der Kommission vorgeschlagene Ambitionserhöhung. Zahlreiche Delegationen kritisierten jedoch die Komplexität und Vielzahl der vorgeschlagenen Teilziele für die unterschiedlichen Sektoren. Dadurch würden nationale Umstände unzureichend berücksichtigt sowie eine kosteneffiziente Zielerreichung erschwert. Hinsichtlich der Überarbeitung der RED forderte Österreich, so wie auch Deutschland, Spanien und Luxemburg, dass kohlenstoffarme Kraftstoffe vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgeschlossen bleiben müssten.

Zudem wurden mehrere Themen unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ behandelt. Der slowenische Vorsitz informierte über den Verhandlungsstand zur Revision der Verordnung über die transeuropäischen Netze im Energiebereich (TEN-E) und betonte, sich für einen erfolgreichen Verhandlungsabschluss mit dem Europäischen Parlament bis Jahresende einsetzen zu wollen. Die Kommission informierte über die jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der Energieaußenbeziehungen sowie über den jüngsten Sachstandsbericht zur Energieunion, der am 26. Oktober veröffentlicht wurde. Die dänische Delegation wies in einem weiteren Informationspunkt auf das Spannungsverhältnis zwischen dem Ausbau erneuerbarer Energien und dem Erhalt der biologischen Vielfalt hin und bat die EK einen angemessenen Rechtsrahmen für die Koexistenz der beiden Zielsetzungen zu ermöglichen. Litauen zeigte sich besorgt über das intransparente Vorgehen von Belarus in Bezug auf die Gewährleistung der nuklearen Sicherheit des Kernkraftwerks Astravyets und ersucht die Europäische Kommission sich für die Einhaltung höchster Sicherheitsanforderungen einzusetzen. Des Weiteren ging Belgien auf die Elektrizitätsbinnenmarkt-Verordnung ein und forderte für hybride Offshore-Projekte Ausnahmen von der Regel, wonach mindestens 70 % der Übertragungskapazität für den grenzüberschreitenden Energiehandel zur Verfügung stehen müssen. Abschließend präsentierte die französische Delegation einen kurzen Ausblick auf das Programm der künftigen Präsidentschaft.

Ich stelle daher den

**Antrag,**

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

7. Jänner 2022

Leonore Gewessler, BA  
Bundesministerin